



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, G.: Nationalstaat oder Wirtschaftsverband?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Nationalstaat oder Wirtschaftsverband?



Wie kommt es, daß das Deutschtum der Gegenwart überall, wo es in nähere Beziehungen zu anderen Nationalitäten tritt, von diesen zurückgedrängt wird? Und wie kommt es, daß die Zurückdrängung um so augenscheinlicher wird, je näher die betreffende fremde Nation an die Hauptmasse des deutschen Volks herangerückt ist? Wie ist es möglich, daß gerade in der Schweiz, im Elsaß, in Dänemark, Litauen, Polen, Schlesien, Böhmen und Tirol die Verwelschung und Slawisierung schnellere Fortschritte gemacht hat als z. B. in Südamerika, in Ungarn und in den baltischen Provinzen Rußlands? und daß diese Fortschritte gerade zur Zeit der größten Machtstellung des Deutschen Reichs erheblich zunahmen?

Unter dem Gesichtswinkel dieser Fragen wurden in den „Grenzboten“ verschiedene Beiträge veröffentlicht über das Deutschtum in der Schweiz und im Elsaß wie auch über die Schwaben in Ungarn; weiteres Material ist in meiner „Zukunft Polens“ niedergelegt.

Zwei Aufsätze über innerpolitische Zustände in Deutschland (Nr. 27 von 1909 und Nr. 1 von 1910) weisen uns auf den Weg. Dort war die Frage nach dem Grunde für den Niedergang der politischen Parteien erörtert worden; die Auflösung der Nation in Tausende von Interessenverbänden wurde als letzte Ursache angegeben. Es wurde auch darauf hingewiesen, wie diese organische Entwicklung noch durchaus nicht abgeschlossen sei und daß sie neben gewissen schädlichen Folgen auch die erfreuliche Gewähr in sich trage, den Partikularismus im Reich überwinden zu können. Letzten Endes heißt das: die die Entwicklung hemmenden politischen Grenzen zwischen den Bundesstaaten zu beseitigen. An die Säkularisierung von Fürstenthümern braucht dabei gar nicht gedacht zu werden, solange die einzelnen Fürsten, der Bundesrat, die

Reichsminister und der Reichstag Verständnis für die Notwendigkeit der eingeleiteten Bewegung haben und widerstreitende Interessen weise zu vereinigen streben.

Anderß liegt die Sache, sobald die Interessenverbände an die Reichsgrenze stoßen. Hier kann sich eine wirtschaftliche Bewegung, die sich z. B. dem Lauf der Wasserstraßen anschlüsse, nur durchsetzen, wenn politische Faktoren als Rückendeckung machtvoll dahinterstehn. Bei der Frage der Schifffahrtsabgaben ist uns jüngst erst wieder diese Notwendigkeit praktisch zum Bewußtsein gekommen. Und hiermit kommen wir an den wunden Punkt unserer Entwicklung.

Seit der Gründung des Deutschen Reichs hat die natürliche, ruhig aber unwiderstehlich wirkende Expansivkraft der Nation abgenommen; doch sie hat nicht abgenommen wegen eines Rückganges der Energie beim deutschen Volk, sondern infolge des Mangels einer Kraft, die die auf der Grundlage der Reichsverfassung zur Entfaltung gekommenen Elemente wieder zusammenzufassen vermochte. Man ist sich dieser Tatsache sowohl in den maßgebenden Kreisen wie in der Publizistik bewußt geworden, und sucht den scheinbaren Widerspruch auf alle mögliche Weise auszugleichen. Dabei geht man indessen nicht mit der notwendigen Kaltblütigkeit vor. Man greift nicht an die Wurzel der Erscheinung, sondern begnügt sich mit einer Arbeit an der Oberfläche, wobei die bestehenden Verhältnisse als unantastbar scheu geschont werden. Das führt zu künstlichen Konstruktionen. Alles in allem erweckt das das unerfreuliche Bild der Erstarrung, das gern mit dem Schlagwort „Reaktion“ umschrieben wird. Einer der markantesten Züge der neudeutschen Entwicklung ist nun die Bedeutung, die das an keine Nationalität gebundene Unternehmertum gewonnen hat. Sie ist möglich geworden durch die Besserung der Technik auf allen Gebieten, durch die siegreiche Überwindung aller Entfernungen und nicht zuletzt durch die wachsende Sicherheit internationaler Rechtsverhältnisse — mit einem Wort durch alles das, was wir schlechthin als „Kulturfortschritt“ bezeichnen. Früher ging das Kapital meist nur dann ins Ausland, wenn Landsleute als Vertrauensmänner gefunden werden konnten. Jetzt braucht sich das Kapital nicht mehr an die damit verbundene Sicherheit zu binden. Männer englischer, belgischer oder russischer Staatsangehörigkeit können und sind dem deutschen Kapital häufig viel wertvoller als der Landsmann, und zur Leitung deutscher Unternehmungen im Inlande werden tüchtige Männer aus der ganzen Welt berufen, denen die historische Mission des deutschen Volks noch viel gleichgültiger ist als die historische Entwicklung des Reichs. Die Vereinfachung in den internationalen Beziehungen konnte naturgemäß auch nicht ohne Einwirkung auf die Richtung der Wege bleiben, die die deutsche Arbeit — als Summe für Arbeitshände, Geist und Kapital — genommen hat. In den 1860er und 1870er Jahren ging das deutsche Kapital noch Hand in Hand mit dem deutschen Ingenieur, Kaufmann und Kolonisten den seit hundert Jahren betretenen Weg nach dem benachbarten Osten. Vor den Toren unserer Ostmark entstanden Schutzwälle

gegen die slawische Flut aus Menschen, Geist und Kapital und wir selbst gewannen uns aus den Slawen die besten Elemente zur Stärkung des Deutschtums. Nach dem Berliner Kongreß leitete die rückwärtige Bewegung aus dieser Richtung ein. Trotz der sehr kritischen Lage der russischen Regierung nach dem Frieden von St. Stephano war sie doch mächtig genug, dem Deutschtum den Zugang nach Rußland zu verwehren, und schon zehn Jahre später mußte die deutsche Diplomatie einen Rückzug vor Rußland antreten und das „mächtige“ Deutsche Reich mußte zusehn, wie zahlreiche von seinen Söhnen, die an der Einigung des Reichs mitgewirkt hatten, entweder russische Untertanen werden oder ihren Besitz draußen im Stich lassen mußten. Gewöhnlich wird als Grund für diesen Rückzug das Alter Kaiser Wilhelms des Ersten angegeben; häufig wird auch behauptet, Bismarck habe die Aufrollung der Polenfrage vermeiden wollen. Gewiß werden auch diese beiden Gründe mitgewirkt haben, aber man wird doch gut tun, die inneren Triebfedern anderswo zu suchen.

Zur Zeit des Berliner Kongresses und in dem Jahrzehnt darauf schien der Reichsbau in seinen Grundmauern fertiggestellt zu sein und man war längst dabei, die Zimmer einzurichten. Dabei wurde nun ziemlich einseitig auf die Entwicklung der Wirtschaft Bedacht genommen. Bismarck, der Bekämpfer des sozialistischen Materialismus, hat schließlich doch ganz materialistische Politik getrieben, weil er glaubte, „alles übrige werde sich von selber finden“. Wie infolge dieser Auffassung noch wichtige Aufgaben ungelöst blieben, ist bekannt. In der Fürsorge für die Wirtschaft geschah es, daß alle Strömungen, die dieser Fürsorge im Moment Schwierigkeiten bereiteten, mit großem Aufwand bekämpft wurden. So kam es, daß die Kräfte zu einer siegreichen Durchführung des Kulturkampfes nicht ausreichten. Es schien viel wichtiger, die Sozialdemokraten und die Freihändler niederzuringen. Alle geistigen und moralischen Kräfte der Nation wurden in den Dienst der Industrie gestellt, die sich hinter immer höher werdenden Zollmauern zu staunenswerten Erfolgen emporhob. Das Ergebnis des Kulturkampfes ist die Zentrumshegemonie, das der Sozialistengesetze eine in keinem Lande sonst bekannte Belastung der Unternehmer durch Abgaben für soziale Fürsorge. Diese Entwicklung im Innern konnte die internationalen Beziehungen des Reichs nicht unberührt lassen. Die nervenzerreibende Arbeit im Kampf um den Weltmarkt nahm dem deutschen Volk die Lust am politischen und territorialen Drängen, die es noch am Anfang der 1870er Jahre besaß, in der es aber von einer kraftvollen Reichsleitung gezügelt wurde. Wir gerieten in jene Ära von langfristigen Verträgen und Rückversicherungen, die vor allen Dingen die Bewegungsfreiheit der stärksten unter den arbeitenden Nationen hemmen.

Nun wird mir entgegengehalten werden: Dein Bild ist verzerrt, schüttle den deutschen Staub von deinen Füßen, denn du bist ein Mörgler und Pessimist; schau hin auf unsere Kolonien, sieh unsere Stellung im Welthandel, vergleiche

die Handelsbilanzen mit Rußland usw. Dort liegt unsere Energie, die Energie eines friedliebenden, arbeitsfreudigen, aber freien Volkes!

Gewiß, aber gerade da liegt auch unsere Schwäche als Nation.

Diese Entwicklung führt zur Verneinung des Nationalitätsprinzips, auf Grund dessen die Einigung des Hauptteils aller Deutschen zum Deutschen Reich nur möglich war. Der beste Beweis für meine Auffassung ist die Haltung dieses Reichs gegenüber der deutschen Frage. In unsrer amtlichen Politik gibt es keine „deutsche Frage“ mehr. Das als Nationalstaat begründete Deutsche Reich hat die ihm aus der geschichtlichen Tradition heraus gestellte Aufgabe, die Einigung aller deutschen Stämme, nicht zu Ende geführt und verneint dennoch das Vorhandensein einer deutschen Frage überhaupt. Die Reichsleitung ist von der Aufgabe zurückgetreten. Sie hat die idealistische Auffassung des Staatsbegriffs, die dem das gesamte Deutschtum umfassenden deutschen Gedanken zugrunde liegt, hingegeben für eine materialistische. Aus dem aristokratischen Kulturträger ist ein durchaus demokratisch empfindender Staatsbürger geworden, der den Zweck seiner Arbeit vor allen Dingen in der Gewinnung einer Altersrente sieht, und der vom Staat nichts anderes verlangt als die Förderung dieser Arbeit. Das gilt besonders vom Bürgertum in den Städten, weniger von der bodenständigen Aristokratie; nur in den Massen lebt dank der Agitation der Sozialdemokratie stärkeres politisches Wollen, das sehr leicht national ausgenutzt werden könnte. Die Preisgabe ideeller Interessen, begangen im Namen einer friedlichen Wirtschaftsentwicklung, fördert wohl das erstrebte Ziel, aber sie untergräbt auch — für die Allgemeinheit lange unmerklich — die Macht des Staates, der ihr huldigt. Wir werden gleich sehn warum.

Der Weg zur Altersrente führt für die Mehrzahl der Staatsbürger durch die Fabrik, die Schreibstuben der Behörden und Unternehmungen aller Art, und für zahlreiche energische, höher begabte Persönlichkeiten, die von Geburt dem Unternehmerstande nicht angehören, durch die Auswanderung. Gerade infolge der Auffassung des staatsbürgerlichen Prinzips, die sehr bequem für die formellen Beziehungen der Staaten untereinander ist, gehen aber die Auswanderer zum größten Teil der Nation verloren. Denn der ihnen Gastfreundschaft gewährende Staat fordert, daß sie entweder loyale Staatsbürger werden oder aber sich von jeder Betätigung an der Politik fernhalten. Unter solchen Voraussetzungen kommt der Altersrenten suchende Deutsche oder die von tausend solcher Deutschen beauftragte Aktiengesellschaft in die Neze des außerdeutschen Interessenverbandes. Will er dem Ziel der Auswanderung dienen, d. h. will er Geld erwerben und voran kommen, dann muß er sich seinem neuen Interessenskreise anpassen, muß mit dem Polen polnisch, mit dem Belgier französisch, mit Chilenen portugiesisch sprechen. Damit ist es aber noch nicht abgetan, der Deutsche muß an der Politik des ihn aufnehmenden Staates mittelbar und unmittelbar teilnehmen und das wieder zwingt ihn in den meisten Fällen, Staats-

bürger in Frankreich oder Rußland oder sonstwo zu werden. Je nach den politischen Beziehungen der gerade in Frage kommenden Länder zum Deutschen Reich wird der Staatsbürger deutscher Zunge dem Deutschen Reich Freund oder Feind sein müssen. In vielen Fällen wird die Haltung des ausgewanderten Deutschen zur einen oder anderen Nationalität auch davon abhängen, welcher Staat imstande sein wird, die materiellen Interessen des Einzelnen am wirksamsten zu schützen. Wer die Verhandlungen, die die letzten Handelsverträge vorbereiteten, verfolgt hat, wird sich erinnern, daß deutsche Firmen sogar, die sowohl im In- wie Auslande Fabriken haben, versuchen, solche Tarife in den Handelsvertrag zu bringen, die geradewegs eine Schädigung einheimischer Unternehmungen und eine Förderung der russischen zum Ziel hatten.

Durch die Auswanderung, die sich nach Schließung der russischen Grenze hauptsächlich nach Amerika wandte, sind dem Deutschen Reiche zahlreiche gute Kräfte verloren gegangen. Eine mangelhafte, durch Formalismus beschwerte Gesetzgebung fördert diese Verluste bis heute. Um diesen Verlusten Einhalt zu tun, ohne es zu einem Bruch mit Rußland kommen zu lassen — diese Rücksicht stand auch im Mittelpunkte der Bismarckschen Politik —, wurde der Erwerb von Kolonien gefördert, auf den zu gleicher Zeit auch rührige Handelsherren aus den Hansestädten bedacht waren. Mit der kolonialen Ära wurde nun freilich erreicht, daß dem Deutschen Reich alljährlich einige tausend „Staatsbürger“ erhalten bleiben, aber das „Deutschtum“ als solches in der Heimat, auf dem Kontinent wurde nicht gekräftigt. Im Gegenteil, wir sehen im Verlauf der Entwicklung, daß auch die Kolonialpolitik unsere nationale Stoßkraft schwächt, wenn wir auch unumwunden zugeben, daß sie der nationalen Wirtschaft unzählige Betätigungsgebiete eröffnet hat.

Zunächst geht mit der Ausdehnung der Kolonien die Notwendigkeit einer Vergrößerung unproduktiver Ausgaben Hand in Hand. Die Sicherheit unserer Kolonien erfordert die Haltung einer Schutztruppe, fordert die ständige Vergrößerung unserer Flotte. Gewiß, Handel und Wandel beleben sich mächtig. Aber diese Belebung hat, so sehr wir uns ihrer freuen, auch eine Rehrseite. Die unter dem Schutzzoll entstandene Industrie, die die ganze Welt mit ihren Erzeugnissen versieht, stellt diese Erzeugnisse längst nicht mehr mit den eigenen deutschen Händen her, sondern muß, um den Anforderungen des Weltmarkts genügen zu können, viele hunderttausend nichtdeutsche, zum größten Teil sogar ausländische Arbeiter heranziehen. Um unser Kapital an Energie, Geist und Geld beschäftigen zu können, müssen wir Menschen von geringerer Kultur heranziehen. Die Zahl dieser ausländischen Kräfte aber wird um so schneller anwachsen, je besser sich unsere industrielle Entwicklung vollzieht. Aufzuhalten ist diese Entwicklung heute nicht mehr ohne den schwersten materiellen Schaden für das Reich und die Gesamtheit der Staatsbürger. Neben den steigenden Bedürfnissen an Arbeitskräften ist auch die Wiederauffrischung des Bauernstandes in der Ostmark nur ein so winziges Mittel, daß es im Zusammenhang mit der

geschilderten Entwicklung kaum der Erwähnung verdient. Durch dies Mißverhältnis wird unsre wirtschaftliche Stärke die Hauptursache für die Ohnmacht in der inneren wie in der auswärtigen Politik. Aus diesem Grunde offenbaren wir die Ohnmacht nicht etwa erst nach Bismarcks Abgang, sondern schon seit dem Berliner Kongreß eigentlich bei jeder Gelegenheit. Die Rücksicht auf unsere wirtschaftliche Entwicklung hat auch das gute Beginnen Kaiser Wilhelms des Zweiten am Anfang seiner Regierung erstickt, als er mit dem Scharfblick des jugendfrischen Mannes erkannt hatte, wie sehr das Reich seinen Grundaufgaben untreu geworden war.

Eine Übersicht über unsere Stellung gegenüber den Nachbarn wird meine Auffassung bestätigen. Unsere Friedfertigkeit gegenüber Rußland seit den 1880er Jahren hat die russische Regierung nicht zu unseren Freunden gemacht. Im Gegenteil, an der Newa betrachtet man uns mit unverhohlener Feindschaft. Der Deutsche, der einen wichtigen Teil der russischen Gewerbestände ausmacht, nimmt in den gebildeten Kreisen Rußlands gegenwärtig nicht mehr dieselbe hochgeachtete Stellung ein, die man ihm vor fünfzig Jahren unbedingt einräumte; in den demokratischen Kreisen, die sich ihre Bildung vorwiegend auf deutschen Schulen geholt haben, aber wird das Ansehen der Deutschen sogar systematisch verringert. Das Zurückweichen vor Rußland hat uns, freilich im Zusammenhang mit der Entwicklung unseres Handels, in einen Gegensatz zu Großbritannien gebracht. Denn da wir den Weg nach Osten verließen, mußten wir für den Überschuß unsrer Energie andre Wege suchen. Nicht Antipathie zwischen den Völkern, nicht persönliche Spannung zwischen den Herrscherfamilien, nicht Ungeschicklichkeit unserer Diplomatie, sondern unsere gewaltige über das Meer geleitete Entwicklung, die Englands Weltmachtstellung zu beeinträchtigen droht, ist der Urgrund für den immer stärker werdenden deutsch-englischen Gegensatz. Das muß betont werden auch im Hinblick auf die Angriffe, denen die Regierung aus Industrie- und Handelskreisen ausgesetzt ist. Also unsere wirtschaftliche Tüchtigkeit bildet den Stein des Anstoßes! Unser Verhältnis zu Rußland und England ist auch daran schuld, daß wir noch immer nicht zu einem ehrlichen Frieden mit Frankreich kommen können. In Frankreich ist das allgemeine Friedensbedürfnis noch weit stärker entwickelt, weil dort auch der Rentnertypus schon erheblich vervollkommener ist als bei uns. Frankreich würde heute um das Elsaß keinen Krieg mehr führen; aber es würde sich die Zuweisung des Elsaß als Ergebnis eines englisch-deutschen Krieges gern gefallen lassen. Zwischen Frankreich und Deutschland bestehn nirgends so große wirtschaftliche Gegensätze, wie zwischen Deutschland und England. Es bedarf vor allen Dingen einer geschickten Diplomatie und Kulturpolitik, um den Mangel von Gegensätzen in einen Überschuß von gemeinsamen Interessen zu verwandeln. Wir wären in dieser Beziehung vermutlich über die Marokko-Frage auch schon weiter, wenn wir nicht unter der einseitigen Entwicklung unserer Auffassung bezüglich staatsbürgerlicher Rechte zu leiden hätten.

Am eigentümlichsten hat sich unser Verhältnis zu Österreich gestaltet. Als Bismarck die preußische Armee hinderte, sich den Siegeslorbeer aus der Reichs-

hauptstadt abzuholen, galt Österreich noch als ein deutscher Staat. Wenigstens war die Regierung deutsch und deutsch schien auch das Heer. Schon im Jahre 1872 gestattete diese deutsche Regierung die Austreibung des deutschen Einflusses aus allen Teilen der Verwaltung Galiziens. Dann ist sie Schritt für Schritt vor den Ansprüchen der Ungarn, Polen, Tschechen und schließlich der Italiener zurückgewichen. Die deutschen Führer der Wirtschaft aber begannen die deutschen Stellungen zu räumen, weil ihre wirtschaftlichen Interessen sich immer mehr mit denen ihrer slawischen Arbeiter vereinigen. Der Adel in Böhmen, der durch Jahrhunderte deutsch war, oder wenigstens wegen seiner dynastischen Beziehungen mit dem Deutschtum hielt, hat seit dreißig Jahren angefangen, sich als einen Teil des tschechischen Volks zu betrachten, weil es gemeinsame Interessen mit den Massen gefunden hat. Arthur Krupp in Berndorf, ein Vetter des verstorbenen Alfred Krupp in Essen, muß im Interesse seiner Unternehmung im Weichbilde der deutschen Stadt Wien eine tschechische Schule einrichten. Es sind somit Anzeichen dafür vorhanden, daß die Slawifizierung Österreichs nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft Fortschritte macht. Die Entwicklung auf dem nördlichen Balkan dürfte zunächst in derselben Richtung wirken; sie treibt Österreich immer mehr zur führenden Stellung in der slawischen Welt. Freilich treibt sie auch zur Auseinandersetzung mit Rußland. In dieser Richtung drängen auch die Wünsche der Polen. Denn nur ein Krieg zwischen den Unterzeichnern des Wiener Vertrages von 1815 kann Aussicht auf weitere Vereinigung ehemals polnischer Landesteile eröffnen. Die gegenwärtige Lage erinnert in dieser Beziehung lebhaft an die Zeit von 1877 bis 1879. Auch damals hofften die Polen auf einen Zusammenstoß der Vertragsmächte, und bei einem Jubiläum in Krakau konnte Stanislaw Rozmian ausrufen, die Warschauer Polen wüßten, wohin sie gehörten. Die Slawifizierung Österreichs in dem angedeuteten weiten Maße ist nur möglich geworden, weil das Deutschtum in den habsburgischen Landen keinen Rückhalt an der Hauptmasse des Deutschtums im Reich hat. Die österreichischen Interessenverbände fordern schwarze Staatsbürger und nicht deutsche Kulturträger. Die Entwicklung der Wirtschaft hüben und drüben hat zwischen die Deutschen hemmende Mauern geschoben.

Ähnlich liegt die Entwicklung im russischen Anteil von Polen. Nur sind die vom Reiche abgeschnittenen Deutschen dort nicht russifiziert, sondern polonisiert. Die deutschen Unternehmer in Lodz und Warschau werden aus demselben Grunde Polen, wie der böhmische Adel tschechisch wird; die russische Regierung kann sie nicht vor der Polonisierung schützen, weil sie weder über kulturelle noch wirtschaftliche Machtmittel verfügt, mit denen sie politisch wirken könnte. In beiden Ländern hat das Deutschtum sowohl die kulturellen wie die wirtschaftlichen Machtmittel in der Hand, darf es aber mit Rücksicht auf die heimische Wirtschaft nicht wagen, sich ihrer politisch zu bedienen.

Die großen Errungenschaften unserer Wirtschaft haben die Fiktion entstehen lassen, als könne alles mit Geld „gemacht“, d. h. erzwungen werden. Wir

haben inzwischen über eine halbe Milliarde Mark ausgegeben, um die Ostmark deutsch zu erhalten, aber wir haben nicht durchgesetzt, daß die führenden Unternehmer in Oberschlesien ihre polnischen Arbeiter im deutschen Sinne erziehen. Im Gegenteil, wir erkennen von Jahr zu Jahr mehr, wie das Interesse des deutschen Arbeitgebers mit dem des polnischen Arbeitnehmers zusammenfließt. Vorderrhand ist Oberschlesien bedroht — aber auch in Westfalen begünstigt die Gesamtentwicklung die Polen, weil sie Arbeitnehmer sind. Die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen deutschen Unternehmern und polnischen Arbeitnehmern muß wachsen in dem Maße, wie sich unsere Beteiligung an der Weltwirtschaft entwickelt und wie infolgedessen die Zahl der polnischen Arbeiter in der deutschen Exportindustrie und der Landwirtschaft zunimmt. Das Zusammenstreben der Interessen zu verhindern ist heute nicht mehr möglich ohne bei der allgemeinen Tendenz unserer Entwicklung ein nationales Unglück heraufzubeschwören, aber die wirtschaftlichen Interessen sind auch nicht so allmächtig, daß wir der Entwicklung mit gefalteten Händen wie etwa der Bewegung eines Lavastromes zuzusehen brauchen. Darum bringen wir die Frage auch zur Erörterung ehe es zu spät wird.

Der Grundgedanke unserer Ausführungen gipfelt in der Auffassung, daß unsere wirtschaftliche Entwicklung zu einer Unterminierung des in der Entwicklung stecken gebliebenen Nationalstaates durch benachbarte Nationalitäten treibt. Es ergibt sich somit die Frage ob es Möglichkeiten gibt, die oben gekennzeichneten Gegensätze zu unserem Vorteil ausgleichen? Wir meinen: ja! und werden die Frage in den „Grenzboten“ allgemach entwickeln. Wer sich an ihrer Lösung in positivem Sinne beteiligen will, ist dazu hiermit eingeladen.

G. Kleinow



Liborius und Franziskus

Von Börries, Freiherrn von Münchhausen

Wer soll rügen unsre Mnen,
So wir es nicht selber tun!

Es ist Spätnachmittag. Im Lindengange gehen auf und ab Liborius, ein Dichter, und Franziskus, sein Freund.



ranziskus. Ich las heute bei Edermann einen Satz, der mir so unheimlich gegen dich zu sprechen schien, daß ich ihn mir genau merkte, — denn man soll seinen Freunden nichts ersparen!

Liborius. Ein Goethescher Ausspruch? Deshalb trägst du die üble Angewohnheit jeder Hühneraugenanpreisung, jedes Aufsätzchens über den Wert des Stallmists nun noch in unsere Gespräche? Denn heute fängt man immer mit einem Goethezitat an, wenn man hernach über ganz etwas anderes reden will!